

- | | |
|----------------------|--|
| 1. Juni 1848 | Vor 175 Jahren erschien unter der Redaktion von Karl Marx die erste Nummer der "Neuen Rheinischen Zeitung". |
| 11. Juni 1943 | Vor 80 Jahren Anordnung Himmlers, alle polnischen Ghettos zu liquidieren. |
| 14. Juni 1848 | Vor 175 Jahren stürmten revolutionäre Bürger Berlins das Zeughaus und bewaffneten sich. |
| 21. Juni 1933 | Vor 90 Jahren Beginn der "Köpenicker Blutwoche" mit Verhaftung von hunderten Mitgliedern der Arbeiterparteien und 91 Morden. |

Linkes Blatt ^{DIE LINKE.}

6. Ausgabe / 33. Jahrgang

Für Halle (Saale)

06. Juni 2023

Zum Internationalen Kindertag am 1. Juni erklärt der Stadtverband der LINKEN in Halle:

„Alle Kinder müssen gleichberechtigt und ohne Not aufwachsen können - in Halle ist das allerdings noch weit von der Realität entfernt. Jedes dritte Kind in Halle lebt in Armut, ein sozial extrem exklusives Bildungssystem und die räumliche Segregation in der Stadt verstetigen diesen Zustand.

Das sind bundesweite Probleme, die sich aber in Halle besonders stark niederschlagen. Abhilfe dafür kann nur durch eine sozial gerechte Politik geschaffen werden.

Dafür braucht es eine echte und armutsfeste Kindergrundsicherung, ein faires und gemeinschaftliches Bildungssystem und deutlich mehr Geld für die Kinder- und Jugendhilfe.

Es sind mehr als schlechte Signale, wenn die Kindergrundsicherung auf Bundesebene verschleppt wird und die Schulsozialarbeit auf Landesebene gekürzt werden soll. Beides darf nicht sein.

Die Situation in Halle kann sich nur verbessern, wenn die Interessen von Kindern auf diesen Ebenen nicht länger ignoriert werden.“



Die Zeichen stehen auf einen „Asylkompromiss 2.0“.

Schon in den letzten Jahren wurde dieses Grundrecht immer weiter eingeschränkt, jetzt will die EU Regelungen schaffen, mit denen die „Festung Europa“ endgültig betoniert werden soll: Die Zurückweisung von Flüchtenden direkt an der Grenze, die in Form von Pushbacks praktisch schon stattfindet, soll grundsätzliche Praxis werden, die Kooperation mit diktatorischen Regimen wird verstärkt und die Menschenrechte werden noch weniger geachtet. Vielmehr gilt das Prinzip: Hauptsache nicht hier. Damit geht das Sterben, Foltern und Militarisieren an den Grenzen weiter, was auch Folgen für ganz Europa haben wird. Dabei ist es falsch, was bei den unzähligen Konferenzen und Gipfeltreffen gesagt wird: Es ist nicht so, dass „die Menschen“ nicht bereit oder in der

Lage sind, Flüchtende aufzunehmen. Wenn die politischen Rahmenbedingungen stimmen und gewollt werden, dann gibt es selbstverständlich humanitäre Alternativen.

Das zeigt auch die starke Bereitschaft der Kommu-



nen, sich zu sicheren Häfen zu erklären, um das Sterben im Mittelmeer zu beenden. Auch Halle hat das schon gemacht und gehört seit dem Dezember 2018 dazu. Das zeigt an, dass es andere Perspektiven gibt - Perspektiven jenseits der extremen Abschottung!

Gefährliche Krankenhausreform

Anlässlich der Bund-Länder-Besprechung am 1. Juni zur geplanten Krankenhausreform meint Janine Wissler, Vorsitzende der Partei DIE LINKE:

„Die geplante Krankenhausreform von Bundesgesundheitsminister Lauterbach ist halbherzig und in Teilen schädlich, weil sie nur Symptome behandelt, anstatt die Ursachen zu bekämpfen. Wir müssen weg von der Profitorientierung im Gesundheitssystem. Solange private Konzerne mitmischen, die nur ihre Profite im Blick haben, werden die Probleme bleiben. Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand! Es muss zudem klar sein, dass die Menschen auf dem Land die bestmögliche Versorgung erhalten. Wer jetzt den Rotstift ansetzt und droht, dass andernfalls ein Viertel der Krankenhäuser nicht überleben wird, der spielt auch mit der Gesundheit der Menschen vor Ort. Oft entscheiden Minuten über Leben und Tod. Je weiter der Weg ins nächste Krankenhaus, desto geringer die Überlebenschancen. Oberste Priorität hat deshalb nicht die Wirtschaftlichkeit, sondern die Gesundheit. Nicht das Geld, sondern die Menschen müssen im Mittelpunkt der Planungen stehen.“

Aus der letzten Stadtratssitzung am 31.05.2023

„Die Museumsnacht am 6.Mai wurde von 22.000 Besucherinnen und Besuchern genutzt- ein neuer Rekord.“ So begann der Bürgermeister die Ausführungen zum Bericht des Oberbürgermeisters in der Stadtratssitzung. Dabei waren das Landesmuseum, die Frankeschen Stiftungen und das Planetarium die besucherstärksten Häuser. Interessante „Neuigkeiten“ waren auch: Die Stadt Halle hat sich wieder für den bundesweiten Wettbewerb für das „Stadtradeln“ angemeldet. Vom 4.-24.September sollen möglichst viele Teilnehmer:innen Fahrradkilometersammeln und das Auto stehen lassen. Die beste deutsche Kita kommt aus Halle! Die Kita Heide-Süd gewinnt den Kita-Preis 2023 und gewinnt 25.000 Euro. Und -gesehen wurde es sicher schon- das Stadthaus präsentiert sich pünktlich zu den Händelfestspielen wieder ohne Baugerüst.

Einige Diskussionen gab es zur Beschlussfassung zur Satzung und zur Wahlordnung für den Migrationsbeirat der Stadt Halle (Saale). Noch in diesem Jahr soll wieder ein neuer Migrationsbeirat gewählt werden. Es gab verschiedene Anträge von Fraktionen, die vor allem festlegen sollten, wer zur Wahl antreten darf und wer gewählt werden kann. Ein guter Kompromiss wurde gefunden.

Nun endlich soll auch die Arbeit des Präventionsrates losgehen. Die Besetzung der Steuerungsgruppe wurde im Stadtrat beschlossen.

Einstimmig wurde beschlossen, dass die Grabstätte von Heinrich Pera als Ehrengrabstätte der Stadt Halle (Saale) anerkannt wird. Heinrich Pera hat sich in Halle einen Namen gemacht, weil er sich für die Hospiz- und Palliativbewegung stark gemacht hat.

Verschiedene Bebauungspläne wurden im Stadtrat verabschiedet; z.B. zum Industrie- und Gewerbepark Ammendorf.

Zur Vorlage zur Stellplatzsatzung der Stadt Halle wurde auch heftig diskutiert. Das Mobilitätsverhalten der Bürger:innen verändert sich. So sind jetzt z.B. mehr Fahrradabstellmöglichkeiten geplant und auch

Plätze für das Carsharing.

Erwartungsgemäß wurde der Antrag mehrerer Fraktionen zur Bekämpfung der Jugendkriminalität diskutiert. Schon in den Fachausschüssen gab es dazu heftige Debatten. Unsere Fraktion stimmte diesem Antrag in den meisten Punkten (Einzelabstimmung der Beschlusspunkte) nicht zu, weil uns diese vorgeschlagenen Punkte zu unkonkret waren. Unsere Fraktion setzt auf Prävention, auf mehr Sozialarbeiter, auf Orte, die von Jugendlichen in ihrer Freizeit genutzt werden können.

Sohaben wir auch eine Resolution zur Schulsozialarbeit mitgetragen, die sich an das Land Sachsen-Anhalt richtet. Für die Stellen der Schulsozialarbeiter:innen soll nach den Plänen des Landes Sachsen-Anhalt in Zukunft ein Eigenanteil von 20 % der Kosten übernommen werden. Das bedeutet letztlich wieder Einschränkungen in der Kinder- und Jugendarbeit. Das ist kontraproduktiv zur Beseitigung der Jugendkriminalität! Diese Resolution wurde am 1.Juni dem Landtag übergeben. Die Städte Dessau und Magdeburg schlossen sich an.

Die „neuen“ Anträge zur Stadtratssitzung wurden zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen. Dazu gehören u.a. Anträge der Fraktion MitBürger & DIE PARTEI zur Aufstellung eines Kulturentwicklungsplanes und zur Vorbereitung eines Grundsatzbeschlusses zur Gründung eines Eigenbetriebes für Kultur.

Auch unser Antrag zur Einführung eines 9 Euro-Tickets für hallesche Schülerinnen und Schüler wurde zur Beratung in verschiedene Fachausschüsse verwiesen. Magdeburg hat es vorgemacht. Wir hoffen sehr, dass wir für diesen Antrag im Interesse unserer Schülerinnen und Schüler eine Mehrheit bekommen. Und wir haben einen neuen sachkundigen Einwohner. Thomas Erling wird für unsere Fraktion im Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Ordnung mitarbeiten.

Ute Haupt

Linkes Blatt

Impressum:

DIELINKE Halle, Stadtvorstand
Leitergasse 4
06108 Halle (Saale)
Telefon 0345 / 20 255 90

eMail:
linkesblatt@dielinke-halle.de
Ute Haupt/Jan Röttschke (v.i.S.d.P)
Herstellung: Eigendruck
Erscheinungsweise: monatlich

Auflage: 230 Exemplare

Spende erbeten

Endredaktion dieser Ausgabe:
01.06.2023
Redaktionsschluss der nächsten
Ausgabe: 06.07.2023

Mitgliederversammlung im Ortsverband Halle West

Am 02.05.2023 fand eine turnusmäßige Mitgliederversammlung des OV Halle West im Abgeordneten-Büro von Hendrik Lange statt. Diese Mitgliederversammlung zeichnete sich durch zwei Schwerpunkte aus:

1. Wir hatten Dr. Petra Sitte als Mitglied des Bundestages zu Gast. Schön, dass diese Besuche nun schon eine gewisse Tradition haben.
2. Engagierte Gespräche des Sprecherrates mit möglichst allen Mitgliedern des OV haben bewirkt, dass auch Mitglieder an unserer Versammlung teilnahmen, die schon längere Zeit den Kontakt zum Ortsverband etwas verloren hatten, zum Teil wegen der Bedingungen, die in der Pandemie das Agieren des Ortsverbandes rechtsschwierig gestalteten, aber auch wegen der speziellen Altersstruktur des Ortsverbandes.

Natürlich kam die Sprache sehr schnell auf die aktuellen Probleme in Bezug auf den Krieg in der Ukraine und die Schwierigkeiten der Linken, hier klare Positionen zu beziehen. Über die Forderung nach einem schnellen Frieden durch Verhandlungen konnten sich alle Anwesenden schnell einigen. Bei der Debatte darüber, wie sich die Linke hier klarer und sichtbarer positionieren könnte, gingen die Meinungen allerdings doch etwas auseinander. Petra wies darauf hin, dass die Bundestagsfraktion in dieser Frage stets eindeutig Position bezogen hat - also z.B. Waffenlieferungen ablehnt. Das sahen unsere Mitglieder auch so. Bei der Diskussion über unterschiedliche Auffassungen einzelner Politiker zu Waffenlieferungen und den Kriegsursachen forderten verschiedene Mitglieder, dass wir uns auch auf den Ebenen des Stadtverbandes und des Landesverbandes deutlicher positionieren müssen. Da diese Fragen für die Bürger sehr wichtig sind, würden wir potenzielle Wähler in die Arme der AFD treiben.

Hinsichtlich Sarah Wagenknecht setzte sich eine differenzierte Sichtweise durch - die Neugründung einer linken Partei wird deutlich abgelehnt. Stattdessen wurde die Forderung laut, weiter nach Möglichkeiten zu suchen, die Fähigkeiten von Sarah Wagenknecht enger in die Arbeit der Linken einzubinden.

Natürlich kam bei diesen Debatten auch die Causa Steimle ins Spiel. Eindeutig vertraten unsere Mitglie-

der die Meinung, dass die Forderung nach Rückzug von Rudenz Schramm aus der Stadtratsfraktion stark übertrieben war. Der Brief des Stadtvorstands als Antwort auf die Kritik unseres OV führte eher zu einer Verfestigung der Differenzen. Wir halten dagegen die offene Auseinandersetzung mit und in den Ortsverbänden für effektiver als Briefeschreiben.

Wir sollten die Diskussionen in Vorbereitung der Kommunalwahlen dazu nutzen, wieder einen etwas schärferen Blick auf unsere eigentlichen Aufgaben zu bekommen.

Die politische Bildung unserer Mitglieder muss verbessert werden. Viola Schubert-Lehnhard sprach in diesem Zusammenhang über die veränderten Rahmenbedingungen für das Agieren der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Petra erläuterte diese Probleme und versprach mit der Bundestagsfraktion alles dafür tun, dass die Stiftung in bewährter Art und Weise die Arbeit unserer Partei unterstützen kann.

Als Fazit der Veranstaltung bleibt die Forderung, dass sich die Linke stärker als Friedenspartei profiliert und zwar auf allen Ebenen, statt ihren Fortbestand durch Zwist auf allen Ebenen zu gefährden. Petras Appell für mehr Gelassenheit in allen Fragen fand einhellige Zustimmung. Die konstruktive Debatte dieses Abends ließ noch etwas verhalten die Hoffnung keimen, dass das in Zukunft auch gelingen wird.



Preisskat in Halle am Freitag, dem 23. Juni 2023

Beginn: 14:00 Uhr Ende: gegen 18:00 Uhr

Begegnungsstätte der Volkssolidarität

„Zur Fähre“, Böllberger Weg 150,

Der Einsatz beträgt 5 Euro.

Jeder erhält einen Preis, Geldpreise für die Plätze

1-3. Gespielt werden 2 Runden:

36 Spiele am Vierertisch und

27 Spiele am Dreiertisch

nach der Skatordnung des Deutschen Skatverbandes e.V.

Die Auslosung erfolgt gegen 14:10 Uhr.



Wir gratulieren allen Genossinnen und Genossen, die im
Monat Juni Geburtstag haben.



**Liebe Seniorinnen und liebe Senioren,
hiermit lade ich euch zu unserem
Senior:innen-Treff im Juni ein.**

Juni

Termin: 21.06.2023, 14:30 Uhr
Ort: Linker Laden, Leitergasse 4
Thema: Diskussion zur Umfrage der Stadt Halle
zum Leben von älteren Menschen in Halle.
Hierzu eingeladen ist Frau Riethmüller, die Senioren-
beauftragte der Stadt Halle.

Juli

Termin: 19.07.2023, 14:30 Uhr
Ort: Linker Laden, Leitergasse 4
Thema: Geplant ist es, nach langer Zeit wieder
einmal einen Spaziergang zum Pfälzer Ufer zu machen,
dort vielleicht ein leckeres Eis zu schlecken und dabei
über alles Mögliche zu plaudern, was uns so bewegt.

Ich freue mich, wenn ich euch zu unseren Veranstal-
tungen begrüßen kann.

Eure Vorschläge und Anregungen für unsere
Senior:innen-Treffs sind auch weiterhin willkommen.

Lydia Roloff

Treffen des Sprecher:innenrates des Ortsverbandes West

8. Juni 2023
Zeit: 18 Uhr
Ort: Wahlkreisbüro Hendrik Lange,
Am Gastronom 14, 06124 Halle

Wir wollen uns über die Beratung der Basis-
vertreter vom 7. Juni austauschen und die Er-
gebnisse unserer Mitgliedergespräche im Orts-
verband auswerten. Darüber hinaus planen wir
die nächste Mitgliederversammlung.

Filmeabend und Küfa des Orts- verbandes Mitte

16. Juni 2023
Zeit: 17 Uhr
Ort: Linker Laden

Wir wollen zusammen den Film „Rise Up“ schauen
und es mit einer Küfa verbinden. Kommt gerne
vorbei und lasst uns gemeinsam in geselliger Runde
einen schönen und diskussionsreichen Abend ge-
nießen.

AG Wirtschaft, Umwelt, Verkehr und Stadtentwicklung

30. Juni 2023
Zeit: 18 Uhr
Ort: Gaststätte „Zum Kleeblatt“,
Am Kinderdorf 1, 06124 Halle

Mitgliederversammlung des Orts- verbandes Süd „Clara Zetkin“

6. Juli 2023
Zeit: 17:00 Uhr

Ort: Gesundheitszentrum Silberhöhe, Wilhelm-
von-Klewiz-Straße 11, 06132 Halle

Wir wollen uns mit dem dann vom Landespartei-
tag beschlossenen Leitantrag zur Kommunal-
wahl 2024 sowie dem Kommunalwahl-
programmwurf von Halle beschäftigen.



Liebe Genossin, lieber Genosse,
wir laden Dich hiermit herzlich zu unserer Aktionskonferenz vom 30.06.- 02.07.2023 in der Jugendherberge Frankfurt am Main ein! Wir wollen mit dir und vielen, die tagtäglich für eine starke LINKE kämpft, zusammenkommen.

Lass uns gemeinsam Pläne entwickeln und in Praxisworkshops Ideen entdecken, wie wir diese umsetzen können.

Lass uns darüber nachdenken, wie wir Mitglieder reaktivieren und neue hinzugewinnen.

Lass uns die Praxis unserer Treffen überdenken, Kampagnenideen besprechen und Haustürgespräche für die unterschiedlichsten Anlässe nutzen.

Lass uns eine gute Zeit haben!

DIE LINKE braucht #Aufbauheld:innen wie Dich!

Und selbstverständlich wollen wir an diesem Wochenende den wahlkämpfenden Genossinnen und Genossen in Hessen mit einem gut vorbereiteten Wahlkampfeinsatz unterstützen.

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, Tagung, Unterbringung und Verpflegung erfolgen in der Jugendherberge. Fahrtkosten werden nicht übernommen, können aber - für den Fall, dass der jeweilige Kreisverband (Landesverband) diese nicht übernehmen kann - auf vorherigen Antrag übernommen werden.

Für Rückfragen erreichst du uns telefonisch unter 030-24009232 oder per E-Mail unter aktionskonferenz@die-linke.de

Mit solidarischen Grüßen

Euer Team der Aktionskonferenz

Union sabotiert Lieferkettengesetz

Zur Abstimmung im Europäischen Parlament zum EU-Lieferkettengesetz am 1. Juni meint Martin Schirdewan, Vorsitzender der Partei DIE LINKE:

„CDU und CSU sabotieren das EU-Lieferkettengesetz auf Geheiß der Konzernlobbyisten und zeigen einmal mehr, dass die Selbstbezeichnung ‚christlich‘ ein dreister Etikettenschwindel ist. Die geplante Richtlinie ist nicht perfekt und wurde auf Druck der Union bereits verwässert, doch trotzdem stellt es einen Fortschritt dar - vor allem für die Menschen in den Entwicklungsländern, die unsere Kleidung und Haushaltselektronik produzieren. Schließlich sollen die Unternehmen für Menschenrechts- und Umweltverstöße in ihrer Wertschöpfungskette zukünftig zur Verantwortung gezogen werden können. Doch der Union sind die Profite der Konzerne wichtiger. Dabei kann das Gesetz der Straflosigkeit von großen Unternehmen, die Menschen und Natur ausbeuten, endlich ein Ende setzen. Aber wenn der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Unternehmensverbands fordert, die Notbremse zu ziehen und das Gesetz zu stoppen, dann leistet die Union dem Folge und pfeift auf gute Arbeitsbedingungen und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen.“

Rezension

Stevie Schmiedel Jedem Zauber wohnt ein radikaler Anfang inne. Warum uns ein bisschen Genderwahn guttut Kösel Verlag München 20232, ISBN 978-3-466-37302-4, 254 S.

Die promovierte Kulturwissenschaftlerin mit dem Schwerpunkt Genderforschung war „in ihrer Jugend“ die Gründerin von Pinkstinks, eine der bekanntesten Protest- und Bildungsorganisationen gegen Sexismus und Homophobie in Deutschland. Inzwischen zählt sie sich selbst zu den Älteren und will mit ihrem Buch zwischen den Generationen und ihrem unterschiedlichem Verständnis zu Feminismus sowie Sinn und Unsinn von bestimmten politischen Aktionen vermitteln. Dies sei u.a. deshalb notwendig, weil sich „Meinung und Empörung grandios verkaufen - Wissen hingegen weniger“ (S. 16). Beiden Generationen fehle teilweise das Wissen über die Erfahrungen und Beweggründe der jeweils anderen - und vor allem fehle es an der Bereitschaft einander zuzuhören - und auch mal „mehrere Wahrheiten gleichzeitig auszuhalten“. Stevie Schmiedel vermittelt mit ihrem Buch einerseits Wissen (z.B. über die Transgender-Debatte), andererseits baut sie Brücken bzw. lenkt die Debatten mehr auf die Inhalte als auf den Ton.

Beides gelingt ihr hervorragend: es gibt es spannend zu lesende Abrisse zu Entwicklungen, die frau/man/divers (hier erlaubt sie alle Varianten der Schreibweise

und verweist auch auf deren jeweilige Tücken) teilweise mit erlebt hat, jedoch inzwischen stückweise wieder vergessen hat - so z.B. die Geschichte der sexistischen Werbung, des Kampfes dagegen und der Entstehung einer entsprechenden Gesetzgebung; oder auch zur Entwicklung von Begrifflichkeiten zum Thema Geschlecht. Gerade der Begriff „Frau“ sei so komplex, dass darüber viel Unsicherheit herrsche (s. S. 212ff) und er deshalb Ausgangspunkt vieler Kämpfe zwischen Menschen sei, die eigentlich in vielem übereinstimmen. Sie schlägt deshalb den Begriff „weiblich sozialisiert“ vor (Sozialisierung sei auch korrekter als Erziehung, da man letztere meist nur den Eltern zuschreibe).

Stevie Schmiedel versteht es hervorragend, die Besonderheiten im Denken der Generationen zu beschreiben und um gegenseitiges Verständnis zu werben. Das Buch sollte methodischer Ausgangspunkt generationsübergreifender Debatten werden und so zum Erfolg der gemeinsam anvisierten Ziele beitragen, denn Wut und Ausgrenzung machen keine gute Politik.

Jeremy Rifkin: Das Zeitalter der Resilienz. Leben neu denken auf einer wilden Erde. Aus dem Englischen von Jürgen Neubauer Campus Verlag Frankfurt/New York 2022 ISBN 978-3-593-50664-7, 359 Seiten.

Der Autor ist Gründer und Vorsitzender der Foundation on Economic Trends in Washington. Das hier von ihm vorgelegte Buch, ist ein fulminanter Ritt durch die Geschichte der Menschheit, mit ihrer Inbesitznahme der Erde - ohne Rücksicht auf Klima, Flora und Fauna, sowie letztendlich auf sich selbst. J. Rifkin zeigt, wie Effizienzdenken alle unsere Lebensbereiche durchdrungen hat - ohne dass die meisten von uns dies auch nur bemerken oder hinterfragen. Damit wären wir auf dem besten Wege, unsere Lebensgrundlage selbst immer mehr zu zerstören. „Im Gegensatz zu allen anderen Spezies haben wir allerdings zwei Gesichter. Wir sind Zerstörer, aber wir könnten auch Heiler sein“ (S. 16).

In den ersten drei Kapiteln analysiert Rifkin, wie wir, die Menschheit, in diese Situation gekommen sind. Dabei widerlegt er zahlreiche Mythen bzw. Hoffnun-

gen, wie z. B. die „von der grünen Revolution“, die das Leben der Bauern verbessern und die hungrige Welt mit billigeren Lebensmitteln ernähren sollte (vgl. S. 60 ff.).

In den vergangenen Jahren seien viele wichtige Entdeckungen und technische Fortschritte im Namen der Effizienz, der Kommerzialisierungswut unterworfen worden - so u. a. der Bauplan des Lebens, die Gene (siehe S. 100). Die Folgen beschreibt J. Rifkin leicht verständlich und nachvollziehbar, seine Schlussfolgerungen ergeben sich aus seinem Verständnis von Resilienz: Werden und Handeln, das auf die Welt in dem Sinne wirkt, dass Individuen, Arten oder ganzen biologischen Gemeinschaften in interagierende Prozesse und Muster eingebettet werden (siehe S. 197). Die Menschheit müsse sich eine Anpassungsfähigkeit zu eigen machen, „um in der Bezie-

hung zur Erde von der Ausbeutung, zu einer Reharmonisierung zu gelangen“ (S. 199). Dazu stellt er ausführliche Vorschläge für einen Umbau zu einer resilienten Infrastruktur bis 2040 vor (S. 231 ff.).

Im letzten Abschnitt erläutert er dazu notwendige Veränderungen in bestehenden demokratischen Strukturen bzw. stellt bereits vorhandene Ansätze dazu vor: u. a. Bürgerhaushalte (er nennt diese peerocracy). Hier beschreibt er vorliegende Erfahrungen und Probleme. So stellt er die berechtigte Frage, wie Menschen, die in Tausenden Echokammern gefangen sind, dazu gebracht werden können, der anderen Seite zuzuhören und nicht von vornherein andere Sichtweisen auszublenden (S. 272). Weiterhin müsse die gesamte Menschheit dazu gebracht werden, sich zur

„peer-demokratischen Verantwortung für unsere Bioregionen und zur Hege und Heilung oder ökologischen Allmende zu bekennen (vergleiche S. 277). Er betrachtet die sichere Bindung an die natürliche Umwelt als einen Schlüssel zum Glück, dazu müsse man jedoch „Glück neu denken“ (S. 294 ff.). Ein Weg dazu sei, mehr Bürgerforschung zu betreiben.

Die Stärke des Buches liegt in der Zusammenstellung und Erläuterung von Fakten zur Veränderung der Situation der Menschheit bzw. der Erde, insofern legt es eine gute Grundlage für notwendige Diskussionen und Transformationen. Eher knapp gehalten sind dagegen bereits existierende Beispiele und Initiativen; vielleicht trägt das Buch dazu bei, gerade diese weiter auszubauen, zu vernetzen und so zum Erfolg zu führen.

Ein Attentat vor 80 Jahren, ein vor 50 Jahren gefundener Bericht und die Gegenwart Zu Joachim Jahns' Buch Anmerkungen zu Reinhard Heydrich

Der Geschichtslehrer und Verleger Joachim Jahns, der nach dem Vorbild Johannes Schlafs, der seine Geburtsstadt Querfurt als „Dingsda“ bezeichnete, den Dingsda-Verlag in Querfurt gründete, hat mehrere aufregende, historische Einsichten vermittelnde Bücher geschrieben. Sie lassen sich als investigativ bezeichnen. - Besondere Aufmerksamkeit schenkte er dabei NS-Verbrechen, aber auch der Zeit nach 1989, in der sich Bürgerrechtler als willfähige Werkzeuge für die Vernichtung der sozialistischen Intelligenz und der Künstler hergaben (vgl. Die Kirschs oder Die Sicht der Dinge, 2016); sein Ziel war unabhängig vom Zeitabschnitt, Vergessen aufzuhalten und Heroisierungen zu verhindern, aber auch Verbrechen aufzudecken. Aufsehen erregte er dabei mit seinem Buch Der Warschauer Ghettokönig (2009), in dem er nicht nur falsche oder verschwiegene Details der nationalsozialistischen Verbrechen korrigierte oder enthüllte, sondern Zusammenhänge, verleugnete Biografien und verdrängte Beweise bekannt machte. Bereits in diesem Buch wurden Reinhard Heydrich und Ludwig Hahn, „der mächtige Kommandeur der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes in Warschau“ und zudem „ein typischer Heydrich-Mann“ (Jahns), genannt. Beide sind Zentralgestalten in dem neuen Buch.

Der Verfasser weist Mystifikationen der Verbrechen zurück. So will er die Person Heydrich nicht erklären mit Nietzsches „blonder Bestie“ und auch nicht mit dem Gesicht des Bösen, frei nach Hannah Arendts

„Banalität des Bösen“. Vielmehr bietet Jahns historisch nüchterne Analysen der NS-Verbrechen, die bewusst politisch eingesetzt wurden von einem skrupellosen Nationalsozialisten als Ausweis seiner bürgerlichen Existenz. Damit wird deutlich: Eine Biografie Heydrichs, obwohl der Name im Titel genannt wird, ist es nicht; vielmehr ist der Begriff „Anmerkungen“, im Kontext einer Biografie, zutreffend.

Dazu wurde eine Verdrängung aufgearbeitet. Der SS-Hauptsturmführer Heinz Pannwitz, er gehörte „ohne Zweifel zu Reinhard Heydrichs Elite“ (Jahns), bekam als Leiter der „Sonderkommission Attentat H.“ den Auftrag, die Attentäter ausfindig zu machen und festzunehmen; danach schrieb er seinen Schlussbericht. Er kam in sowjetische Gefangenschaft, kehrte 1955 nach Deutschland zurück und arbeitete seit 1956 beim Bundesnachrichtendienst (BND), womit Kontinuität hergestellt wurde.

Sein Bericht wurde vor fünfzig Jahren, 1972, unter einem Dachsparren der Dorfkirche in Nimritz bei Pößneck (Thüringen) zufällig gefunden. Der Bericht wurde 2012 von einem Prager Historiker in einer dreibändigen Dokumentation veröffentlicht, fand aber erstaunlich wenig Aufmerksamkeit.

Das war der Anlass für Jahns zu dem aufwendigen Vorhaben, den Bericht aus dem Jahre 1942 „erneut zu veröffentlichen“ und ihn mit weiteren Kapiteln, eben den im Titel genannten „Anmerkungen“, zu versehen. Jahns erkannte die Brisanz des Berichtes - der Bericht habe nicht nur einen Ablauf des Attentats

dokumentiert, sondern auch, „wie die Deutschen als Besatzer und Unterdrücker dachten und handelten“ - und schuf so das Zentrum für sein enthüllendes Buch. Sein Anliegen ist, der behaupteten Bedeutungslosigkeit des Pannwitz-Berichtes, die von unterschiedlichen politischen Kräften - auch in der DDR - angemerkt wurde, entgegenzutreten, Einschätzungen des Attentats - es wäre inszeniert worden, „um die breite patriotische Widerstandsbewegung im Protektorat Böhmen und Mähren zu zerschlagen“ - als „vollkommen absurd“ nachzuweisen und zu Attentat und Heydrich ein umfangreiches Panorama zu entrollen. Dabei wird beschrieben, wie nicht nur der SS-Hauptsturmführer Pannwitz nahtlos im BND weiterarbeitete, sondern sich auch andere ähnliche Lebensläufe problemlos nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der BRD politisch fortsetzten.

Jahns bestätigte bekannte Feststellungen im Zusammenhang mit Verbrechen des Nationalsozialismus: 1980 erschien Alfred Anderschs berühmte Erzählung Der Vater eines Mörders; ein Alter Ego des Autors besucht das Gymnasium, dessen Direktor Himmler heißt und der „Vater des Mörders“ ist, des Massenmörders Himmler, dessen engster Mitarbeiter Heydrich war. Direktor eines Gymnasiums - humanistische Bildung sollte unterstellt werden, aber: „Schützt Humanismus denn vor gar nichts?“ fragt Andersch im Nachwort zu seiner Erzählung geradezu verzweifelt. Was Jahns über Heydrich mitteilt, bestätigt das nachdrücklich: „Reinhard Heydrich war ... eine Künstlernatur.“, hochbegabt dazu und aus einer Künstlerfamilie stammend.

Er beherrschte mehrere Fremdsprachen und war ein „virtuoser Geigenspieler, der auch das Cello und Klavier meisterlich zu spielen verstand“. Er spielte, u.a. mit der Frau des Chefs der deutschen Militärspionage Canaris, Geige in einem Quartett, das öffentlich auftrat und war dabei „weich und sanft“. Übrigens galt Gleiches für Heydrich als Sportler, wobei er dort herausragte und als „Einzelkämpfer“ besonders auffiel.

Aber dahinter drängte in ihm ein Vernichtungsdrang und wurde bestimmend; Heydrich stieg zur „einflussreichsten Führungsgestalt“ in der SS neben Heinrich Himmler auf, ehe er am 4. Juni 1942 an den Folgen des Attentats vom 27. Mai 1942 starb. Am 9. Juni wurde aus Rache das Dorf Lidice dem Erdboden gleichgemacht. - Den Bereichen - Sport und Kunst -

widmet Jahns in seinem Buch die „Anmerkungen“: dem SS-Mitglied und Sportkameraden Dr. Dr. Gerhard Stabenow, „Heydrichs Fechtlehrer, Kamerad und Freund“, der engagierte politische Journalist SS- sowie SD-Mann; er hatte bis 1966 hohe Funktionen in bundesdeutschen Sportverbänden inne. Ähnliche Aufmerksamkeit galt dem Juristen Dr. Hahn, SS-Obersturmbannführer und Oberregierungsrat. Hier beziehen sich Jahns Bücher zum Warschauer Ghetto und zu Heydrich aufeinander und ergänzen sich.

Verfolgt werden das Begräbnis Heydrichs und Ehrungen nach seinem Tod, aber auch der Anspruch seiner Witwe in der BRD auf „einen Versorgungsanspruch als Kriegsoffer“, da den auch ihr Mann gehabt hätte. Obwohl sie in einem Gerichtsverfahren in der Tschechoslowakei 1948 wegen Mordes in Abwesenheit zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt worden war, lieferte die britische Besatzungsmacht sie nicht aus und 1950 wurde sie vor dem Entnazifizierungshauptausschuss in Holstein „entlastet“.

Ein besonderes Augenmerk richtete Jahns auf die Beziehung geschichtlicher NS-Verbrecher zu herausragenden Gestalten des deutschen Geistes. So geht er einmal der Thematisierung der Gestalt Heydrichs im Schaffen Heinrich Manns (Lidice, 1943) und Brechts (gemeinsam mit John Wexley und Fritz Lang Hangmen Also Die! 1943) nach. - Im Falle Heydrich ging Jahns der Beziehung zu Thomas Mann nach, da Heydrich „offensichtlich die treibende Kraft (war), die befahl, gegen Thomas Mann derart rigoros vorzugehen“ (Jahns), weil er in Thomas Mann einen „Gegner der nationalen Bewegung und Anhänger der marxistischen Idee“ (Heydrich) sah. Es entwickelte sich ein „Duell im Nebel“ zwischen Thomas Mann und Heydrich, wobei Thomas Mann den Gegner nicht nur namentlich nicht kannte und unter dieser Situation schwer litt.

Aber er behielt das letzte Wort: Als der deutlich jüngere Heydrich nach dem Attentat starb sprach Thomas Mann im Juni 1942 im Londoner Rundfunk seinen Nachruf auf einen Henker und nannte Heydrich „Bluthund“ und „Mordknecht“.

Rüdiger Bernhardt

Joachim Jahns: „Mein lieber Kamerad Heydrich“. Anmerkungen zu Reinhard Heydrich. Leipzig: Dingsda-Verlag Querfurt, 288 S., 34,99 Euro

+ + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus der Landtagssitzung vom 27./28.04.2023

Zur 20. Sitzungsperiode des Landtages standen 28 Themen auf der Tagesordnung, zu denen am 27. und 28. April debattiert und abgestimmt wurde.

#Gesundheit

Ein Schwerpunkt dieser Landtagssitzung war die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung in Sachsen-Anhalt. Gleich mehrere eigenständige Anträge hat die Linksfraktion dazu eingebracht und in weiteren Diskussionen ihre Positionen, Vorschläge und Forderungen unterstrichen.

Krankenhauslandschaft für Patient*innen und Beschäftigte gestalten

Die medizinische Versorgung der Menschen im Land verschlechtert sich seit Jahren. Kliniken und Stationen schließen oder kämpfen um ihren Erhalt. In diesem sozialen, sensiblen Bereich nach Profit zu streben, macht Menschen und Beschäftigte krank. Die ersten veröffentlichten Ergebnisse des Krankenhaus-Gutachtens beschreiben die Misere, fordern Investitionen in die Krankenhäuser und stellen bereits eine Unterversorgung besonders im nördlichen ländlichen Bereich Sachsen-Anhalts fest. Im Süden des Landes pendeln die Patient*innen ins Nachbarland Sachsen, was jedoch keine Lösung sein kann. DIE LINKE schlägt daher mit ihrem Antrag (Drs. 8/2517) eine breit angelegte Kommission vor.

Nicole Anger, gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, betonte in der Debatte: „Krankenhäuser müssen endlich in die Lage versetzt werden, nach Bedarf, Behandlungsqualität und Gemeinwohl organisiert zu sein. Die Patient*innen und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten müssen im Mittelpunkt stehen und nicht die Profite. Wir brauchen endlich eine Abkehr vom finanziellen Druck. Wir brauchen eine Abkehr von der Ausnutzung der moralischen Verpflichtung des Personals gegenüber den Patient*innen. Gesundheitsversorgung muss wohnortnah und erreichbar sein. Deswegen beantragen wir

heute das Einsetzen einer Gesundheitspolitischen Kommission. Eine Kommission, die deutlich breiter aufgestellt ist als der Krankenhausplanungsausschuss. Eine Kommission, die die Menschen, die demografische Entwicklung, die Entwicklung der Morbidität, die Erreichbarkeiten der Gesundheitsversorgung, das Personal und die Personalgewinnung in den Blick nimmt.“

Sie kritisierte, dass mit der Schließung weiterer Stationen gerade im ländlichen Raum eine kalte Marktberreinigung entgegen den Versprechen im Koalitionsvertrag einhergehe. „Wir brauchen eine sofortige Sicherung der vorhandenen Krankenhausstruktur. Bevor in diesem Bundesland nicht eindeutig geklärt ist, wie eine sichere medizinische Versorgung der Menschen aussehen kann und muss und auch wie wir unsere medizinischen Fachkräfte halten, ausbilden und gewinnen, darf es hier zu keinem weiteren Abbau kommen!“

Da die Mitglieder des Krankenhausplanungsausschusses die gesellschaftliche Breite nicht abdecken und ihre eigenen Kriterien hätten, nach denen sie den Krankenhausplan aufstellen, sollten nach unserem Willen auch gesellschaftlich relevante Organisationen mit an den Tisch geholt werden. Dazu gehörten Gewerkschaften, die kommunalen Spitzenverbände, aber eben auch Patient*innenvertretungen und der Verbraucherschutz. Die Bedarfsplanung müsse wieder stärker demokratisiert werden, um die Gesellschaft in den notwendigen Aushandlungsprozess zu integrieren. - Der Antrag wurde abgelehnt.

Kinderärztliche und geburtshilfliche Versorgung im Land sicherstellen

Die Not bei der flächendeckenden Versorgung selbst von zum Teil schwer erkrankten Kindern in Sachsen-Anhalt ist ein Skandal. Die Auswirkungen jahrelanger

Versäumnisse bei der Absicherung von Standorten und das Aussitzen struktureller Probleme werden derzeit besonders deutlich. Auch in der Kindermedizin wird das Entgeltsystem der Fallpauschalen angewandt, womit ein wirtschaftliches Arbeiten dieser Abteilungen kaum möglich und für Krankenhäuser defizitär ist. Somit findet die Versorgung der Kinder und Jugendlichen an immer weniger Standorten im Land statt. Bereits auf der Landtagssitzung im März hatte die Linksfraktion einen Antrag dazu gestellt (Drs. 8/2365), der vom Landtag abgelehnt wurde. Als Alternativantrag (Drs. 8/2556) zum Antrag der AfD-Fraktion hat DIE LINKE deshalb ihre Forderungen nochmals bekräftigt. - Leider wurde auch dieser Alternativantrag abgelehnt.

Modellprojekt anonymer Kranken-/ Behandlungsschein starten

Trotz verfassungsmäßiger Rechte leben Menschen in Sachsen-Anhalt ohne ausreichenden Zugang zu medizinischer Versorgung. Die Gründe dafür sind vielfältig: Selbstständige, die sich die privaten Versicherungsbeiträge nicht mehr leisten können. Menschen, bei denen der Übergang von einem Pflicht- in ein freiwilliges Versicherungsverhältnis nicht funktioniert. Ehemalige Inhaftierte, die nach dem Strafvollzug Probleme haben, in das Versicherungssystem reintegriert zu werden. Drittstaatler*innen, deren Versorgungsbedarf das Leistungsspektrum der Auslands- oder Reiseversicherung übersteigt. Menschen, die aufgrund ihres Aufenthaltsstatus ihren Leistungsanspruch nicht wahrnehmen können. Alle diese Menschen meiden den Gang zum Arzt oder Ärztin. Dadurch entstehen vermehrt medizinische Notfälle. Krankheiten werden chronisch oder lebensbedrohlich. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE beantragt (Drs. 8/2515), durch die Landesregierung ein Modellprojekt auflegen zu lassen, durch das allen Menschen einen Zugang zur Gesundheitsversorgung durch einen anonymen Kranken-/ Behandlungsschein ermöglicht wird.

In der Debatte zur Einbringung des Antrages erklärte die gesundheitspolitische Sprecherin Nicole Anger: „In vielen Bundesländern, und zwar in zehn, um genau zu sein, gibt es bereits einen anonymen Behandlungsschein, und es gibt Clearingstellen, die Betroffenen helfen, den Weg zurück in die Krankenversicherung

zu finden. Die Kostenübernahme im Falle der Inanspruchnahme des anonymen Behandlungsscheins wird oft aus sogenannten Behandlungsfonds des Landes realisiert.“ Daher sollte dringend auf die Erfahrungen dieser Bundesländer zurückgegriffen werden.

„Für meine Fraktion und mich stehen auch diese Menschen mit ihren Bedürfnissen und Bedarfen im Mittelpunkt unserer Tätigkeit, und das ungeachtet ihres Geschlechts, ihrer ethnischen Zugehörigkeit, Religion, ihres Einkommens oder ihres Aufenthaltsstatus. Gesundheitsversorgung und Gesundheitsvorsorge dürfen nicht zur Disposition stehen, für keinen Menschen, ob nun mit oder ohne Krankenversicherung.“

Die Ausführungen unserer Abgeordneten wurden immer wieder von lauten und unangemessenen Zwischenrufen insbesondere aus den Reihen der AfD-Fraktion unterbrochen. - Der Antrag wurde abgelehnt.

Engpässen bei Personal und Medikamenten in Apotheken entgegenwirken

Apotheken sind Bestandteil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Doch der Bestand der Apotheken ist nicht mehr gesichert. Zeitgleich steigen die bürokratischen Anforderungen an die Apotheken und werden durch einen dauerhaften Lieferengpass bei Medikamenten noch verstärkt. Formfehler auf Rezepten führen zu Retaxationen. Das bedeutet, dass die Krankenkasse die Erstattung des durch die Apotheke bereits abgegebenen Arzneimittels verweigern. „Nullretaxationen“ finden auch in Fällen statt, in denen die Apotheken das Arzneimittel entsprechend der ärztlichen Verordnung abgegeben, also auch die Leistung der Sache nach erbracht haben. Eine gesetzliche Regelung ist erforderlich, um die Beanstandungen der Krankenkassen auf das notwendige Maß zu begrenzen. Wenn wir nicht auf servicefreie Versandapotheken setzen wollen, dann stärken wir jetzt unsere Apotheken vor Ort - in der Medikamentenbeschaffung und beim Personal! So lautet der Grundtenor unseres Antrages (Drs. 8/2535), der jedoch abgelehnt wurde.

Schulgeldfreiheit in den therapeutischen Gesundheitsberufen endlich umsetzen

Fachkräfte in therapeutischen Gesundheitsberufen

fehlen überall. Ein großes Manko dabei ist, dass die Ausbildung teilweise immernoch selbst zu bezahlen ist und eine Ausbildungsvergütung - wie in anderen Berufen üblich - fehlt. In Deutschland gibt es zum aktuellen Zeitpunkt 12 Bundesländer, in denen die Schulgeldfreiheit in den therapeutischen Gesundheitsberufen ganz oder in großen Teilen beschlossen wurde. Dementsprechend muss Sachsen-Anhalt endlich den schon gefassten Beschluss aus dem Jahr 2019 umsetzen, weil wir mehr qualifiziertes Fachpersonal im Bereich der therapeutischen Gesundheitsberufe benötigen. Im Bereich der Pflegehilfe ist die Schulgeldfreiheit in Sachsen-Anhalt bereits umgesetzt und der nächste Schritt hin zur Ausbildungsvergütung mit einem Gesetzentwurf der Landesregierung gemacht, der zur weiteren Beratung in die Fachausschüsse überwiesen wurde.

Parallel dazu hat die Linksfraktion mit ihrem Antrag (Drs. 8/2518) die Landesregierung aufgefordert, sich endlich über eine Schulgeldfreiheit in den therapeutischen Gesundheitsberufen im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen für das Jahr 2024 verständigen und sich für eine Ausbildungsvergütung einsetzen. Nur so könne Sachsen-Anhalt langfristig Auszubildende in den jeweiligen Berufen gewinnen und dem Fachkräftemangel, insbesondere im ländlichen Raum, entgegenreten. - Der Antrag wurde in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.

#Arbeitskämpfe

1. Mai - gewerkschaftliche Kämpfe um gute Arbeits- und Lebensbedingungen sind Voraussetzung für gute wirtschaftliche Entwicklung

Anlässlich des 1. Mai und angesichts der fortlaufenden Diskussion um die Legitimität der aktuellen Streiks und der Forderung der Gewerkschaften in den Tarifauseinandersetzungen hat die Linksfraktion mit ihrem Antrag (Drs. 8/2529) den Landtag aufgefordert, ein Bekenntnis zu grundgesetzlichen Garantien des Arbeitskampfes abzugeben. Denn der Kampf um attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen ist kein Hindernis, sondern Voraussetzung für eine gute wirtschaftliche Entwicklung.

In der Diskussion um Streiks und Demonstrationen zum 1. Mai betonte Wulf Gallert, wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion: „In Erinnerung an die

sogenannte ‚Haymarket-Affäre‘ hat der Gründungskongress der 2. Internationalen 3 Jahre später den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterbewegung ausgerufen. Der Begriff ‚Kampftag‘ ist international seit mehr als 130 Jahren mit dem Blut von Arbeiter*innen geschrieben worden, die sich für faire Löhne, eine Beschränkung der Arbeitszeit und für Arbeitnehmer*innenrechte insgesamt eingesetzt haben, damals in den USA, später weltweit und natürlich auch in Deutschland, insbesondere in der Weimarer-Republik. Erinnert sei hier nur an den Blut-Mai von 1929 in Berlin, bei dem 33 Demonstranten getötet wurden, übrigens auf Befehl eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin. „Wulf Gallert ging auch auf die Geschichte des 1. Mai während der Zeit des Nationalsozialismus ein, die ihn zum ‚Tag der nationalen Arbeit‘ umbenannten und damit versuchten, den 1. Mai zum ‚Tag der selbstlosen Aufopferung der Arbeiter und Arbeiterinnen‘ für die deutsche Volksgemeinschaft umzudefinieren. Deshalb stürmten am 2. Mai 1933 faschistische Schlägertrupps die Gewerkschaftshäuser, beschlagnahmten das Eigentum der Gewerkschaften und folterten aktive Gewerkschafter, nahmen sie gefangen und brachten sie später zum Teil um. „In diesem Jahr jährt sich dieses Verbrechen zum 90. Mal und ich bin froh darauf verweisen zu können, dass Gewerkschaften dazu Gedenkveranstaltungen organisieren“, sagte Wulf Gallert.

In diesem Jahr stehe der 1. Mai unter dem Motto ‚ungebrochen solidarisch‘. Immer dann, wenn diese Solidarität und diese Gemeinsamkeit nicht hergestellt wurden, habe es Reallohnverluste gegeben, seien Arbeitnehmer*innenrechte abgebaut worden, sei die Spaltung der Gesellschaft vorangeschritten. Genau deshalb seien starke Gewerkschaften, die die gesellschaftlichen Interessen der Beschäftigten organisieren, für uns alle wichtig. Sie bildeten den Kitt dieser Gesellschaft, und ein Angriff auf gewerkschaftliche Rechte sei auch immer ein Angriff auf gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Sozialstaat. Ohne starke Gewerkschaften funktioniere ein demokratisches Gesellschaftssystem nicht. Deswegen sei es auch kein Wunder, wenn diejenigen, die am meisten vom Verfall der Gesellschaft profitierten, nämlich die AfD, auch die schärfsten Gegner der Gewerkschaften

seien.

Es gebe aber schon wieder Stimmen, die versuchten, dass ohnehin schon stark reglementierte Streikrecht noch weiter einzuschränken. So fordere die Mittelstandsunion der CDU eine Pflicht zur Ankündigung von Warnstreiks von mindesten vier Tagen und im Bereich von öffentlichen Dienstleistungen, dass es Streiks überhaupt nur noch nach einer Zwangsschlichtung geben dürfte. Der deutsche Arbeitgeberverband forderte eine gesetzliche Einschränkung der Möglichkeiten von Streiks, die sollten nur die Ausnahme sein. „Streiks garantieren eine faire Verteilung des Reichtums dieser Gesellschaft, soziale Sicherheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt. Deshalb sind starke Gewerkschaften, ein starkes Streikrecht, eine hohe Tarifbindung und gute Tarifabschlüsse im Interesse von uns allen. So und nur so kann Sachsen-Anhalt attraktiv für Fachkräfte werden und Menschen eine Perspektive bieten, die Herausforderungen, die vor uns stehen, gemeinsam zu meistern.“ - Der Antrag wurde abgelehnt und ein Alternativantrag der Koalitionsfraktionen mehrheitlich angenommen.

#aktuell debattiert

Nutzung von KI und ChatGPT müssen diskriminierungsfrei, transparent und überprüfbar sein

In der aktuellen Debatte im Landtag über die Nutzung von Künstlicher Intelligenz und ChatGPT betonte Hendrik Lange, Experte für Digitalisierung der Fraktion DIE LINKE: „In seiner Position zu Künstlicher Intelligenz spricht sich der Ethikrat deutlich dafür aus, darauf zu achten, dass Künstliche Intelligenz der menschlichen Entfaltung dienen und sie nicht vermindern darf. Umso wichtiger ist es, sich jetzt damit auseinanderzusetzen, wie wir diese Entwicklung in sinnvolle Bahnen lenken können. Lernende KIs können momentan nur Inhalte verarbeiten, die wir Menschen vorher erzeugt haben. Eine lernende KI greift auf eine reichhaltige Bibliothek voller Rassismus, Sexismus, Antisemitismus und jede Menge Ideologie der Ungleichheit zu und lernt daraus. Diese Einschätzung fand sich auch in den Ergebnissen der Enquete-Kommission des Bundestages wieder.

Darin werden Europäische Union, Bund und Länder aufgefordert, die Rahmenbedingungen zu schaffen,

eine KI-Strategie diskriminierungsfrei, transparent und nachvollziehbar zur Lösung ökologischer Probleme zu entwickeln und umzusetzen. Die Rolle künstlicher Intelligenz soll es demnach sein, Voraussetzungen für verantwortliches Handeln des Menschen zu verbessern. Dazu gehören auch Transparenz der Modelle, mit denen die KI trainiert wird. Open Source Systeme können diese Transparenz und Überprüfbarkeit besser gewährleisten als auf Vermarktung orientierte geschlossene Systeme. Es bedarf einer strengen Kontrolle anhand ethischer Grundsätze. Diverse Staaten und Unternehmen befinden sich in einem Wettrennen darum, wer die schnellste und beste KI entwickeln kann. Davon versprechen sie sich einen Anstieg von Produktivität, Wirtschaftswachstum und allgemeinem Wohlstand. DIE LINKE stellt die Frage, wem gehören die mächtigen Maschinen, wem dienen sie und wozu? Und nicht zuletzt drängen sich jetzt schon Fragen des Urheberrechts auf, das zum Training von KI auch urheberrechtlich geschützte Werke verwendet werden.“ Allerdings seien wir als Gesellschaft auf die rasante Entwicklung derzeit nicht vorbereitet, meint Hendrik Lange.

#Bildung

Bildungsforum und Staatsvertrag zur Lehramtsausbildung gefordert

Lehrermangel und Schulkrise bleiben weiterhin Dauerthema. Der mit dem bildungspolitischen Dialog des Ministerpräsidenten im Januar eingeleitete Prozess einer Suche nach tragfähigen Lösungen für die tiefgreifende Schulkrise müsse unter geänderten Bedingungen und Beteiligung des Parlaments weitergeführt werden, fordert daher die Linksfraktion. Erforderlich sei ein Forum, in dem alle Teilnehmer*innen auf Augenhöhe nach Lösungen suchten und diese in Form von Empfehlungen dem Landtag und der Landesregierung zur Verfügung stellten. Die Zusammensetzung eines solchen Bildungsforums orientiere sich am Bildungskonvent der Jahre 2007 bis 2010, besagt der Antrag (Drs. 8/2472) der Linksfraktion.

Ein weiterer Antrag (Drs. 8/2519) hatte eine bundesweite Ausbildungsoffensive zur Lehramtsausbildung als koordinierte Strategie aller Bundesländer gegen den Lehrkräftemangel und einen Staatsvertrag zum Inhalt. Nahezu alle Bundesländer stellen mehr Lehr-

kräfte ein als sie ausbilden. Obwohl inzwischen alle Bundesländer in rasantem Tempo und in einem bisher undenkbarem Ausmaß Lehrkräfte ohne Lehramtsausbildung in ihren Schuldienst einstellen und Anforderungen an die Ausbildung immer weiter absenken, führen die Maßnahmen nicht dazu, dass sich die Lehrkräfteversorgung verbessert. Ein Ausweg aus dieser Krise ist möglich, wenn sich die Länder verständigen, ihren Lehrkräftebedarf von einer neutralen Instanz ermitteln und den Aufbau der Ausbildungskapazitäten kontrollieren zu lassen. Es muss einen gesonderten Länderfinanzausgleich geben, an dem sich der Bund mit mindestens der Hälfte des gesamten Finanzvolumens beteiligen muss. Sachsen-Anhalt soll mit diesem Beschluss die Initiative aus Berlin zu einem Staatsvertrag zur Lehramtsausbildung unterstützen und dabei eigene inhaltliche Schwerpunkte setzen.

Thomas Lippmann, stellvertretender Fraktionsvorsitzender und bildungspolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE, betonte in der Landtagsdebatte um Bildungsforum und Staatsvertrag zur Lehramtsausbildung: „In ganz Deutschland wurde in den letzten 25 Jahren eine Entwicklung zugelassen, die zu einem bisher nicht dagewesenen Mangel an ausgebildeten Lehrkräften in allen Bundesländern geführt hat. Mangelhafte Bildung gefährdet die Lebensperspektiven ganzer Generationen und schwächt die ökonomische Basis unserer Wirtschaftsordnung. Bundesweit fehlen mehrere zehntausend Lehrkräfte. Diese Lücke ist entstanden, weil seit Jahren nahezu alle Bundesländer weniger Lehrkräfte im eigenen Land ausbilden, als sie anschließend in ihren Schuldienst einstellen wollen. Die Folge ist ein ruinöser Wettbewerb, der inzwischen nur noch Verlierer kennt, weil die Decke schon lange überall zu kurz ist. Der Föderalismus und die Kultusministerkonferenz versagen in der Frage der Bedarfs- und Ausbildungsplanung für den Lehrkräftenachwuchs komplett. Um aus der Abwärtsspirale in der Lehrkräfteversorgung wieder rauszukommen, muss jedes Land für sich selbst schlicht so viele Lehrkräfte ausbilden, wie es selbst braucht.

Tatsächlich fehlen uns derzeit an den allgemeinbildenden Schulen mehr als 2.000 Lehrkräfte. Dabei haben die Verwerfungen zwischen den Schulformen und den Regionen ständig zugenommen. Die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen wurden abgehängt und der

Niedergang der Schulbildung verläuft im Norden und Osten des Landes schneller als im Süden und Westen. Aus Hilflosigkeit wird ja gern orakelt, dass zu wenige junge Menschen den Beruf ergreifen wollen, weil der nicht attraktiv wäre. Das ist aber ebenfalls Unsinn. Es gäbe genügend junge Menschen, die bei uns ein Lehramtsstudium aufnehmen wollen, man muss sie nur lassen. Unattraktiv ist lediglich das Lehramt an Sekundarschulen, dafür gibt es in der Tat in den meisten Fächern viel zu wenige Bewerbungen.“

Landesregierung und Koalition blockierten die bestehenden Möglichkeiten, die Ausbildung bedarfsorientiert auszubauen und vorhandene Plätze auszulasten. Auch von den über 1.000 Lehrkräften im Seiteneinstieg scheidet ein Drittel nach kurzer Zeit wieder aus dem Schuldienst aus. Das sei ein viel zu großer Verlust. Es müsse gelingen, mit allen Ländern gemeinsam und verbindlich eine verlässliche und objektive Grundlage für die Bedarfs- und Ausbildungsplanung zu schaffen und deren Umsetzung auch verbindlich zu überprüfen. Sonst werde alles so weiterlaufen, wie bisher.

„Den Dialog dazu zum Jahresbeginn mit einer Vielzahl von Akteuren zu beginnen, war richtig. Ihn fortzusetzen und dabei für andere Rahmenbedingungen zu sorgen, ist das Gebot der Stunde. Es gibt Erklärungen und Appelle, es gibt Weckrufe und Brandbriefe, es gibt Masterpläne und Positionspapiere, die nicht nur Kritik an den Zuständen und Sorge um die künftige Entwicklung zum Ausdruck bringen, sondern auch das Engagement vermitteln, durch eine gemeinsame Anstrengung und innovative Ideen das auf Grund gelaufene Schiff Schulbildung wieder flott zu bekommen. Dafür muss ein geeigneter Rahmen geschaffen werden, der bewusst an die positiven Erfahrungen mit dem Bildungskonvent anknüpft. Lassen sie uns gemeinsam mit anderen gesellschaftlichen Akteuren hier im Land und im Schulterschluss mit den anderen Bundesländern Verantwortung übernehmen und Verantwortung teilen und konstruktiv an der Überwindung dieser Schulkrise arbeiten.“

Beide Anträge wurden abgelehnt.

#BaföG

Soziale Lage der Studierenden

Die Proteste gegen die Preiserhöhungen bei den

Wohnheimen beim Studentenwerk Halle zeigen, dass die soziale Lage der Studierenden dringend ins Auge gefasst werden muss. Preiserhöhungen von bis zu 40 Prozent stellen Studierende vor große Probleme. Deshalb hat die Fraktion DIE LINKE einen Antrag (Drs. 8/2516) eingebracht, in dem sie einen Hochschulsozialpakt zur Abmilderung der Preissteigerungen sowie erneut die Einführung eines elternunabhängigen BAföG fordert. Es brauche einen Notfallfonds, um den Verlust des Wohnheimplatzes und Obdachlosigkeit zu vermeiden. Langfristig müssten Wohnheimplätze ausgebaut und Studentenwerke beim Ausbau der Wohninfrastruktur unterstützt werden. Dafür müsse der Bund mit einspringen und die lang diskutierten Pläne eines Bund-Länder-Hochschulsozialpaktes endlich umsetzen. Außerdem braucht es die Einführung eines elternunabhängigen BAföG, das nicht zurückzahlen ist.

In seiner Rede unterstrich der hochschulpolitische Sprecher Hendrik Lange: „Die soziale Lage der Studierenden ist schon schlimm genug. Die Angst davor, ob man sich ein Studium leisten kann, ob man überhaupt BAföG und günstigen Wohnraum bekommt, ist besonders bei Nichtakademikerkindern groß.

Allein aus Gründen der Bildungsgerechtigkeit ist das schon ein Skandal. Aber wir können es uns auch und gerade in akademischen Berufen nicht leisten, auch nur ein Talent zu verlieren, weil sich ein junger Mensch das Studium nicht leisten kann.

Über viele Jahre hinweg gibt es bei der Anzahl der BAföG-Berechtigten einen dramatischen Abwärtstrend. Keine der BAföG-Reformen und -erhöhungen hat diesen Trend gestoppt. Insbesondere Familien, die so knapp über die Bemessungsgrenzen kommen, trifft es am härtesten. Das sogenannte Mittelstandslöcher ist in diesem Zusammenhang ein geflügeltes Wort geworden.“

Deshalb sei es schon bittere Ironie, wenn jetzt die Löhne steigen und deswegen die Anspruchsberechtigungen erlöschen. Bei galoppierender Inflation und Reallohnverlusten sei das kaum zu ertragen. Fast 70 Prozent der Studierenden jobben nebenbei, um über die Runden zu kommen.

„Was tun wir den jungen Menschen eigentlich an? Statt sich aufs Studium konzentrieren zu können, müssen sie nebenher arbeiten. Ich finde das fatal“,

sagte Hendrik Lange und verwies auf unsere Forderung nach dem elternunabhängigen und nicht zurückzahlbaren BAföG.

Der Antrag wurde in die Fachausschüsse zur Beratung überwiesen.

+ + kurz berichtet + +

Mehrere wichtige Gesetzentwürfe in erster Lesung eingebracht

Vor dem Hintergrund des Inkrafttretens des Betreuungsorganisationsgesetzes (BtOG) zum 1. Januar 2023 warten viele Vereine, Organisationen und Institutionen auf eine entsprechend angepasstes Ausführungsgesetz für Sachsen-Anhalt.

Die Landesregierung hat einen entsprechenden Gesetzentwurf mit ihren Lösungsansätzen vorgelegt, der nach den Diskussionen in den Fachausschüssen noch vor der Sommerpause verabschiedet werden soll.

Das aktuelle Bestattungsgesetz des Landes ist inzwischen zwanzig Jahre alt und entspreche nicht mehr den aktuellen Erfordernissen.

Daher hat die Landesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt, um den zeitlichen und kulturellen Erfordernissen Rechnung zu tragen.

Kein Vizepräsident der AfD

Auch der erneute Anlauf der Fraktion der AfD, einen Vizepräsidenten aus ihren Reihen wählen zu lassen schlug fehl. Daniel Wald erhielt nicht die erforderlichen Stimmen.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (Mdl), Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im April 2023 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: www.dielinke-fraktion-lsa.de.

Auch auf Facebook, Twitter und Instagram können die Debatten verfolgt werden.

**Öffentlich!
Weil's wichtig
für alle ist.**

Aufnahme von Kinderrechten in das Grundgesetz sowie Einführung einer Kindergrundsicherung dringend geboten

Im Landtag betont Eva von Angern, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, zur Lage der Kinderrechte und der Kindergrundsicherung:

„Leider hat die UN-Kinderrechtskonvention in Deutschland auch über 30 Jahre nach der Ratifizierung immer noch keinen Verfassungsrang. Der letzte Versuch, dies zu ändern, scheiterte leider 2021 erst im Bundestag noch in der letzten Groko unter Angela Merkel und das trotz der Tatsache, dass das Vorhaben in der Koalitionsvereinbarung von CDU und SPD festgeschrieben war. Die Regierung aus Union und SPD nahm Kinderrechte nicht in das Grundgesetz auf, obwohl sie diese nur angemessen statt vorrangig behandeln wollte. Wer Kinderrechte nur angemessen statt vorrangig behandelt, will den Kampf gegen Kinderarmut nur kämpfen, wenn es ihm gerade in den Kram passt. Wer Kinderrechte nur angemessen statt vorrangig behandelt, will Kinder abschieben, wenn ihre Eltern den falschen Pass haben. Wer Kinderrechte nur angemessen statt vorrangig behandelt, will wahrscheinlich sogar, dass der Schutz und die Beteiligung von Kindern sich irgendwo hinter wirtschaftlichen Interessen anstellen.

In Sachsen-Anhalt lebt mehr als jedes vierte Kind in Armut. Damit sind wir Schlusslicht in Ostdeutschland, aber ein Aufschrei bleibt aus. Es braucht endlich eine Kindergrundsicherung, damit Kinder frei von Angst und Armut aufwachsen und sich entwickeln können. Es ist doch gut und richtig, wenn der Ministerpräsident davon spricht, dass eine der größten Herausforderungen der Fachkräftemangel in Sachsen-Anhalt ist. Doch nicht nur ich, sondern die Menschen in unserem Land erwarten dann auch den nächsten Schritt und das bedeutet ein ganzheitliches Herangehen und die erforderlichen Lösungen. Unser nachwachsender Rohstoff sind Kinder und Jugendliche. Wir können uns weder moralisch noch wirtschaftlich leisten, auch nur ein Kind auf der Strecke zu lassen.

Natürlich gehören zu armen Kindern arme Eltern und ein weiterer Blick in die Zahlen zeigt, dass insbesondere Alleinerziehende – überwiegend Frauen – einem besonders hohen Armutsrisiko unterliegen. Jede zweite Alleinerziehende ist armutsgefährdet. Armut hat in unserem Land ein weibliches und ein Kindergesicht. Kinder in Armut erfahren in nahezu allen Lebensberei-

chen Nachteile. Sie ernähren sich ungesünder, weil es aus finanziellen Gründen nicht anders möglich ist. Sie haben niedrigere Bildungschancen. Sie erleben tagtäglich Ausgrenzung und eine geringere soziale Teilhabe. Armut schadet Kindern, sie verletzt ihre Rechte, sie beschämt und grenzt aus.

Wer mir jetzt lautstark erklärt, dass mehr Geld bei den Eltern nicht bedeutet, dass es bei den Kindern auch ankommt, weil sie es ja sowieso nur für ein neues Handy oder Alkohol und Zigaretten ausgeben, dem halte ich entgegen: Diese Aussage spricht für Vorurteile und Unwissenheit vor allem gegenüber Eltern. Es gibt keine empirischen Belege für die These. Kostenfreie Kita, mehr Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe usw. sind nötig. Gegen Kinderarmut hilft nur ein Miteinander von mehr Geld für Familien und eine bessere Bildung und Infrastruktur für Kinder. Wir brauchen dringend einen höheren Mindestlohn, der die Inflation berücksichtigt und wir brauchen dringend flächendeckende Tarifverträge.

Die Kinder in unserem Land brauchen dringend eine Kindergrundsicherung, die ihren Namen auch tatsächlich verdient! Wir brauchen eine finanzielle Absicherung aller Kinder – unabhängig von der sozialen Herkunft oder dem Erwerbsstatus der Eltern. In keinem europäischen Land sind die Zukunftschancen von Kindern so sehr abhängig vom sozialen Status der Eltern wie in Deutschland. Das können wir uns nicht mehr leisten!

Niemand hat gefragt, woher über Nacht die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr hergekommen sind bzw. finanziert werden. Auch die Bekämpfung der Pandemie war teuer. Doch die Refinanzierung darf nicht zu Lasten der Sozialpolitik erfolgen. Das fördert neue Ungerechtigkeiten und neue Krisen. Das Geld ist in unserem reichen Land da! Es muss nur dringend umverteilt werden.“

DIE LINKE.
Fraktion im
Landtag von Sachsen-Anhalt